

Altona in der Revolution von 1918/19: das kommunale Modell der Transformation

Holmer Stahncke

1. Zusammenfassung

In den Novembertagen der Revolution von 1918/19 stand die kommunale Selbstständigkeit Altonas für kurze Zeit auf dem Spiel. Ihr Ende konnte verhindert werden, weil es dem bürgerlichen Oberbürgermeister Bernhard Schnackenburg (1867-1924) und der Altonaer Sozialdemokratie gemeinsam gelang, die Stadt dem Machtanspruch des Arbeiter- und Soldatenrats für Hamburg, Altona und Umgegend zu entziehen. Beide bis dahin unversöhnlichen politischen Gegner einte der Wille, eine drohende Räterepublik in Hamburg und Altona zu verhindern. Die in der Tradition der Lassalleschen Arbeiterbewegung stehende Altonaer SPD wurde durch die Bestellung kommissarischer Senatoren als revolutionäre Kraft in den Magistrat eingebunden. Durch diese Neuordnung der kommunalen Verhältnisse konnte Altona gegenüber dem links-radikalen Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat seine Eigenständigkeit im revolutionären Prozess behaupten.

Gleichzeitig wollte Altona sich so in der anstehenden Groß-Hamburg-Debatte als souveräner Verhandlungspartner positionieren. Für Altona mit seiner desolaten haushalts- und finanzpolitischen Situation war die Groß-Hamburg-Problematik schon vor dem Krieg eine Frage von existentieller Bedeutung, wobei die Stadt in der Auseinandersetzung zusehends in die defensive Rolle des Bittstellers geraten war. Jetzt wollte sie mit eigenen Forderungen erneut in die Verhandlungen eintreten, was sich aber als Illusion herausstellte. Altona wurde von keiner Seite als ebenbürtige Partnerin akzeptiert. Die Groß-Hamburg-Frage wurde in den Revolutionswochen letztlich nicht mehr geklärt. Eine Einigung, wäre sie tatsächlich erfolgt, hätte aber die Selbstständigkeit der Kommune Altona in einem Groß-Hamburg aufgehoben.

Durch die langfristige Partnerschaft bürgerlicher und sozialdemokratischer Kräfte konnte die Eigenständigkeit der Altonaer Kommunalpolitik im Kräftefeld Preußen und Hamburg in den kommenden Jahren stabilisiert werden. Hatten sich die politischen Lager schon im Krieg angenähert, bedurfte es der Revolution, auch den kaisertreuen Oberbürgermeister Schnackenburg in den Prozess der Demokratisierung der Kommu-

nalpolitik einzubinden. Die Partnerschaft, in der die stärkere Sozialdemokratie sich mit der Rolle des Juniorpartners begnügte, war nach der Wiederwahl Schnackenburgs 1921 bis 1933 geplant, wurde aber durch seinen frühen Tod 1924 beendet. Der Annäherung der beiden anfangs so unterschiedlichen politischen Akteure vom »unüberbrückbar« scheinenden Gegensatz in den Anfängen (1909) zu einer fruchtbaren Kooperation im Laufe der Revolution in Auseinandersetzung mit dem AuSR von Groß-Hamburg und weiteren Akteuren stellt eine besondere Variante der revolutionären Transformation in Altona dar.

2. Bernhard Schnackenburg: Oberbürgermeister im Kaiserreich bis zur Revolution 1918

Bernhard Schnackenburg wurde am 16. Juni 1909 zum Bürgermeister Altonas gewählt.¹ Der kaisertreue, konservative Jurist war ein ausgewiesener Kommunalbeamter, dem man zutraute, das hochverschuldete Altona gegen den übermächtigen Nachbarn Hamburg neu zu positionieren. Die »Groß-Hamburg-Frage« in all ihren Facetten und Möglichkeiten beschäftigte ihn seit Beginn seiner Amtszeit.

Schon im Vorfeld der Wahl war es zu einer ersten Auseinandersetzung mit den Altonaer Sozialdemokraten gekommen, die ihm einen Fragenkatalog mit der Aufforderung geschickt hatten, diesen in seiner Präsentationsrede zu beantworten.² Es ging u.a. um das allgemeine, gleiche Wahlrecht und um sein Verständnis von Sozial- und Wohnungspolitik. Eine Zumutung, befanden Schnackenburg und der Altonaer Magistrat, der sich bei dem Kandidaten entschuldigte und »auf schärfste« den Versuch missbilligte, ihn in den parteipolitischen Wahlkampf hineinzuziehen.³ Tatsächlich weigerte Schnackenburg sich strikt, Fragen zum Wahlrecht zu beantworten, da dieses »zu sehr in das politische Gebiet« übergreife. Ein Bürgermeister solle sich vom Parteileben fernhalten und allen Parteien gerecht werden.⁴

Als preußischer Bürgermeister musste Schnackenburg sich mit den bürgerlichen Eliten der Stadt gutstellen und für seine kommunalpolitischen Ziele stets neue Mehrheiten suchen.⁵ Die Stadtverordneten, die vom Zentralausschuss der bürgerlichen Vereine Altonas als Kandidaten aufgestellt wurden,⁶ verfolgten ihre politischen Interessen

-
- 1 StA HH 424-88 (Nachlass Schnackenburg). Am 14.2.1910 ernannte ihn der preußische König zum Oberbürgermeister. Zu Schnackenburg siehe auch Stubbe-da Luz, Helmut: Die Oberbürgermeister. Heinrich Denicke Harburg, Bernhard Schnackenburg Altona, Erich Wasa Rodog Wandsbek, Hamburg 1992, S. 33-56. Das in Abbildung 1 dargestellte Foto Passfoto stammt aus der Vorkriegszeit. Schnackenburg ließ es 1919 in seinen neuen republikanischen Reisepass kleben, um als Oberpräsident von Westpreußen nach Polen reisen zu können.
 - 2 StA HH 424-88 (Nachlass Schnackenburg), W. Sievert (SPD-Altona) und H. Kürbis (SPD-Schleswig-Holstein) an Schnackenburg, 28. Mai 1909.
 - 3 StA HH 424-88 (Nachlass Schnackenburg), Oberstadtsekretär an Schnackenburg, 29.5.1909.
 - 4 StA HH 424-88 (Nachlass Schnackenburg), Präsentationsrede Schnackenburg.
 - 5 Hofmann, Wolfgang: Oberbürgermeister als politische Elite im wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, in: Schwabe, Klaus (Hg.): Oberbürgermeister, Boppard am Rhein 1979, S. 28ff.
 - 6 Vgl. Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 5.11.1918. Dort wird ein solcher Auswahlvorgang beschrieben.

Abbildung 1: Passfoto von Bernhard Schnackenburg



Foto: ©StA HH 424–88 = 47_Nr. 40. Nachlass Schnackenburg.

mit themenbezogenen, wechselnden Mehrheiten. Mit dem Einzug von fünf sozialdemokratischen Stadtverordneten 1910 in die Stadtverordnetenversammlung bildete sich hier erstmals eine Fraktion mit klarer parteipolitischer Ausrichtung.⁷ Die Sozialdemokraten, insbesondere ihre beiden Führungspersönlichkeiten, der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hermann Thomas⁸ und deren intellektueller Wortführer, der Rechtsanwalt Carl Herz (1877–1951), waren für Schnackenburg als Mehrheitsbeschaffer indiskutabel.⁹ Thomas, ein Zigarrendreher, war wegen Majestätsbeleidigung und »geheimer Verbindungen« vorbestraft. Und Herz griff Schnackenburg bereits in den ersten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung publikumswirksam an. Er warf ihm Paschawirtschaft in den städtischen Betrieben und Vertuschungspolitik vor, womit er die Schlagzeilen beherrschte.¹⁰

Das Verhältnis der Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister besserte sich in den folgenden Jahren nicht. Im Kommunalwahlkampf 1913 bezeichneten sie ihn als einen

7 Zu den Bemühungen der SPD, in die Kommunalvertretungen einzuziehen siehe Osterroth, Franz: 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein, o.O. o.J., S. 45ff.

8 Amtsblatt der Stadt Altona. Bekanntmachung der städtischen Behörden. 19.1.1924, Hermann Thomas tot. Hanke gibt an, Carl Herz sei der Fraktionsvorsitzende gewesen. Vgl. Hanke, Christian: Selbstverwaltung und Sozialismus. Carl Herz, ein Sozialdemokrat, Hamburg 2004, S. 59. Zu Hermann Thomas siehe Stahncke, Holmer: Altona und die Revolution von 1918/19. Aufbruch in die kommunale Demokratie, Hamburg 2018, S. 25.

9 Zu Carl Herz vgl. in diesem Band Hanke, Christian: »Selbstverwaltung und Sozialismus«, S. 173–189.

10 Hanke (2004): Selbstverwaltung, S. 61–67.

aalglaten Politiker, der sich ohne Prinzipien mit »Worten honigsüßen Schleimes« überall durchschlängelte, sich nur um das Wohlergehen des Hausbesitzerstandes bemühte und das Wohnungselend, die Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit in Altona ignorierte. Sie warfen ihm vor, durch eine Manipulation der Geschäftsordnung die bürgerliche Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung sichern zu wollen, um den Staat vor der »roten Gefahr«, der Umsturzpartei, zu retten. »Glauben die Macher spießbürgerlicher Politik, daß sich der Vormarsch des Proletariats durch die dürftigen Zwirnsfäden hemmen läßt, die sie über den Weg gespannt haben?«¹¹ Dabei war die Altonaer gewerkschaftsorientierte, in der Tradition von Ferdinand Lassalle stehende SPD weit davon entfernt, eine revolutionär-umstürzlerische Partei zu sein.¹²

Im August 1914, zu Beginn des Ersten Weltkriegs, deutete nichts darauf hin, dass Schnackenburg und die Sozialdemokraten sich vier Jahre später nicht nur zu einem vorübergehenden Bündnis zusammenschließen würden, sondern diese Zusammenarbeit bis 1933 fortsetzen wollten.¹³ Im November 1918 einte sie das Ziel, eine Räterepublik zu verhindern und Altona vor dem Einfluss radikaler linker Kräfte im Arbeiter- und Soldatenrat für Hamburg, Altona und Umgegend (AuSR) zu schützen. Zu diesen radikalen Kräften gehörte inzwischen auch Carl Herz als juristischer Berater des linksradikalen Vorsitzenden des AuSRs, Heinrich Laufenberg.¹⁴ Herz war schon im Krieg als Gegner der Kriegskredite zu einem Fremdkörper in seiner Partei geworden.¹⁵ Ein gemeinsames Buchprojekt mit Heinrich Laufenberg (1872-1932) und Fritz Wolffheim (1888-1942) – er sollte am 6. November 1918 die große Demonstration vom Heiligengeistfeld zum Generalkommando in Altona anführen – machten ihn 1915 vollends zum Außenseiter in der Partei.¹⁶ 1916 trat Herz aus der SPD aus und kurze Zeit später der von ihm mitbegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) bei. Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung reagierte »mit großer Heiterkeit« und »ironischen Bravorufen«, als Herz' Austrittserklärung verlesen wurde.¹⁷ Herz erhielt 1916 einen Einberufungsbescheid und war damit vorübergehend von der politischen Bühne verschwunden.¹⁸

11 StA HH 424,88-47_Nr. 40. Wahl-Zeitung für die Stadtverordneten-Wahlen 1913, Hg. Sozialdemokratische Partei von Altona und Ottensen, 12.10.1913.

12 Siehe dazu die Schrift des Altonaer Reichstagsabgeordneten Carl Frohme: *Friedliche Entwicklung oder Gewaltsamer Umsturz? Ein Mahnwort an alle Gesellschaftsklassen*, Nürnberg 1885. Zur Geschichte der Altonaer Arbeiterbewegung siehe Gerd Krämer: *»Bollwerk der Sozialisten des Nordens«*. Die Anfänge der Altonaer Arbeiterbewegung bis 1875, Hamburg 1997.

13 1922 wurde Schnackenburg für weitere 12 Jahre zum Oberbürgermeister gewählt.

14 Stalman, Volker (Bearb.): *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19*, Düsseldorf 2013, S. 67 u. S. 203.

15 Hanke (2004): *Selbstverwaltung*, S. 79-94.

16 Zu Fritz Wolffheim vgl. in diesem Band Meyer-Lenz: *»Konfliktparteien und Konfliktstrukturen der Revolution«*, S. 61-63.

17 Hanke (2004): *Selbstverwaltung*, S. 93f. Carl Herz legte sein Mandat am 20. Oktober 1916 nieder.

18 Vgl. dazu in diesem Band Hanke, Christian: *Selbstverwaltung*, S. 175. Die Einberufung zum Militärdienst war ein probates Mittel, mit dem das IX. stellvertretende Generalkommando in Altona missliebige linke Politiker aus dem Verkehr zog. Die SPD duldete es, wenn staatliche und militärische Stellen oppositionelle Gruppierungen in der Partei, die sich der Parteidisziplin entzogen,

Obwohl die Altonaer SPD im Krieg den »Burgfrieden« bewahrte und politische Streiks wie den Januarstreik von 1918 schlichten half, womit sie dessen gewaltsame militärische Unterdrückung verhinderte¹⁹, fand Schnackenburg keinen Draht zu ihr. Dabei war sie nach den Kommunalwahlen von 1916 mit 18 Abgeordneten in der 48köpfigen Stadtverordnetenversammlung eine kommunalpolitische Größe geworden, die er nicht länger ignorieren konnte. Unter den neuen Abgeordneten war auch der 28-jährige Max Brauer (1887-1973), der ihm 1924 im Amt des Oberbürgermeisters nachfolgte. Anders als Schnackenburg, arbeiteten einige bürgerlich-liberale Stadtverordnete aber gut mit der SPD-Fraktion zusammen. Mit ihren Stimmen wurde Hermann Thomas zum zweiten Worthalter der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die SPD unterstützte die Wahl des bürgerlichen Kandidaten Theodor Görlitz (1885-1949) zum besoldeten Senator. Im Gegenzug wurde Hermann Thomas mit den Stimmen von bürgerlichen Stadtverordneten am 17. Juli 1918 als unbesoldeter Senator »gegen den entschiedenen Protest Schnackenburgs«²⁰ in dessen Magistrat gewählt.²¹ Die Gegensätze zwischen Schnackenburg und der sozialdemokratischen Fraktion hätten sich zeitweilig heftig zugespitzt, so der Altonaer Stadtarchivar Paul Th. Hoffmann.²² Die Wahl von Thomas sei nur der Anfang, kommentierte der Sozialdemokrat Carl Stoll (1888-1961) den Vorgang in der »Neuen Hamburger Zeitung«.²³ Seit Jahren habe man den Anspruch auf einen Magistratssitz erhoben und »die altonaische Sozialdemokratie hat nicht ein so heroisches Maß an Bescheidenheit«, sich mit einem einzigen Sitz im Magistrat zufrieden zu geben.

3. Die Revolution kommt nach Altona

Noch vier Monate vor der Novemberrevolution standen Schnackenburg und die Sozialdemokraten unversöhnlich in verschiedenen Lagern. Doch spätestens ab dem 8. November, als der sozialdemokratische Senator Thomas beschwichtigend auf den Soldatenrat der Altonaer Viktoria-Kaserne einwirkte, arbeiteten sie zusammen. Über die Details dieses Annäherungsprozesses wissen wir wenig, da die Novembertage weder ins kollektive Gedächtnis der Altonaer SPD noch in die Erinnerungen ihrer Funktionäre

mundtot machten. Vgl. Ullrich, Volker: Die USPD in Hamburg und im Bezirk Wasserkante 1917/18, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte (ZVHG) 79 (1993), S. 133-162, hier S. 141.

- 19 Krause, Thomas: »Das bürgerliche Trauma. Revolution in Altona«, in: Sywottek, Arnold (Hg.): Das andere Altona, Hamburg 1984, S. 40. Siehe auch Ullrich, Volker: Der Januarstreik in Hamburg, Kiel und Bremen: Eine vergleichende Studie zur Geschichte der Streikbewegungen im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 71 (1985), S. 45-74, hier S. 62-65.
- 20 Hoffmann, Paul Th.: Neues Altona 1919-1929. Zehn Jahre Aufbau einer deutschen Großstadt Bd. 1, Jena 1929, S. 41. Hoffmann gibt auf S. 46 fälschlicherweise den 1.10.1918 als Tag der Wahl von Hermann Thomas zum Senator an.
- 21 Bei den Wahlen, an denen sich nur wenige Altonaer beteiligt hatten, erhielt Hermann Thomas 886 Stimmen, sein bürgerlicher Mitbewerber Johannes Schmarje 304 und der sozialdemokratische Stadtverordnete Stoll vier Stimmen. Vgl. General-Anzeiger für Hamburg-Altona vom 18.7.1918.
- 22 Hoffmann (1929): Neues Altona Bd. 1, S. 41.
- 23 Neue Hamburger Zeitung vom 18.7.1918., das folgende Zitat ebd.

eingeflossen sind. So erwähnte Max Brauer die Revolutionstage weder in seinen Trauerreden für Hermann Thomas und Bernhard Schnackenburg 1924 noch später. Auch im Nachlass Schnackenburgs findet sich dazu nichts.²⁴

Die ersten Nachrichten von den Unruhen in Kiel, der drohenden Revolution, trafen in der Nacht vom 3. auf den 4. November in Altona ein. General Adalbert von Falk (1856-1944), der Kommandeur des IX. Stellvertretenden Generalkommandos, ansässig in der Palmaille in Altona, schickte umgehend Truppen nach Kiel, um die Unruhen zu unterdrücken. Als sein Vorhaben scheiterte, veranlasste er, dass die Bahnverbindungen nach Kiel gekappt wurden, um den Unruheherd zu isolieren²⁵ – mit der Folge, dass in Hamburg hängengebliebene Matrosen gemeinsam mit der Hamburger USPD am 6. November einen »Provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat« bildeten, nachdem sie in der Nacht zuvor den revolutionären Umsturz in Hamburg aktiv unterstützt hatten.²⁶

Am 4. November war die SPD in Hamburg und in Altona noch unsicher, wie sie sich verhalten sollte. In Hamburg trafen sich die Führungsgremien der SPD und der Gewerkschaften, um zu entscheiden, ob man sich an die Spitze der Bewegung stellen oder besser abwarten sollte.²⁷ Gleichzeitig lud die Altonaer SPD zu einer »basisdemokratischen« Versammlung in das Hotel Kaiserhof. Doch die Kontrolle über die Veranstaltung entglitt ihr zusehends, als Redner der USPD das Ende des Kaiserreichs forderten. Es war nicht das erste Mal, dass junge USPD-Anhänger Versammlungen der SPD mit »lautstarken Friedensbestrebungen« störten.²⁸ Nach der Veranstaltung im Kaiserhof zogen aufgebrachte Demonstranten durch die Stadt und plünderten den Waffenbestand des Polizeireviers 4 an der Kleinen Gärtnerstraße (heute Stresemannstraße) am Bahnhof Holstenstraße.²⁹ Auch die Waffenkammer am Lunapark in Altona wurde in den nächsten Tagen von Soldaten ausgeräumt.³⁰ In Bahrenfeld beging der Oberleutnant Lange in einem Eidelstedter Wäldchen Selbstmord, nachdem er die ihm unterstehenden Munitionslager in Bahrenfeld und Schenefeld übergeben hatte.³¹

Der Altonaer Polizeikommandant empfahl eine verstärkte Militärpräsenz auf den Hauptstraßen, da er »nach Verlauf gestriger sozialdemokratischer Volksversammlung im Kaiserhof, auf der Spartakusleute mit beurlaubten Soldaten sich verbrüdeten, [...] Unruhen zwecks Umsturz und Tötung wohlhabender Personen sehr wohl möglich«

24 Altonaisches Amtsblatt vom 26. 1. 1924 und ebd. 2.2.1924.

25 Eine ausführliche Darstellung der Ereignisse findet sich bei Schmidt, Ernst-Heinrich: *Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution*, Stuttgart 1981, S. 43-73. Vgl. auch Stalman (2013): *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat*, S. 40.

26 Vgl. in diesem Band Johanna Meyer-Lenz: »Konfliktparteien und Konfliktstrukturen der Revolution«, S. 63-70.

27 Stalman, Volker (Bearb.): »Die Revolution von 1918/19 in Hamburg«, in: Lehnert, Detlef (Hg.): *Revolution 1918/19 in Norddeutschland*, Berlin 2018, S. 116.

28 Ebd., S. 99-176, hier S. 115.

29 Krause (1984): *Das bürgerliche Trauma*, S. 42.

30 *Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse im In- und Ausland.* Hg. v. Friedrich Purlitz. *Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution.* 1. Bd. November 1918-Februar 1919, S. 6.

31 *Hamburger Nachrichten* vom 9.11.1918. (Anm. Vf.: Der vollständige Name konnte nicht ermittelt werden.)

hielt.³² Am 5. November traf die »Militärverwaltung im Verein mit der Polizei umfassende Sicherheitsmaßregeln« und konnte einige Demonstrationzüge aus Hamburg daran hindern, bis zum Altonaer Bahnhof vorzudringen. »Starkes Militäraufgebot gebot ihnen Halt«, meldete der »Hamburger Anzeiger«.³³

Als sich am 6. November ein Demonstrationzug mit mehreren tausend Teilnehmern vom Heiligengeistfeld kommend der Generalkommandantur in Altona näherte, gab es kein Militär mehr, das General von Falk hätte mobilisieren können. Noch tags zuvor hatte er geplant, dass »in der Kaserne des 31. Infanterie Regiments stets eine Kompanie unter Waffen bleiben [sollte], die erforderlicherseits sowohl in Hamburg wie in Altona zur Unterstützung der Polizei Verwendung finden könne.«³⁴ Doch dann erklärte die Stadtkommandantur Altonas dem zweiten Bürgermeister und Polizeisenator Franz Wilhelm Schulz, man könne bei der geringen Zahl der ihr zur Verfügung stehenden Soldaten nicht in derselben Weise wie 1917 bei den Lebensmittelunruhen verfahren. Damals hatte eine starke Militärpräsenz zur Unterdrückung der Unruhen beigetragen. Überlegungen, zusätzliche Polizeikräfte zum Schutz der Palmaille einzusetzen, wurden wieder verworfen. »Späterhin kam von der Stadtkommandantur die Mitteilung, daß sie den vom Heiligengeistfeld kommenden Zug nicht mit Waffengewalt fernhalten, sondern mit ihm verhandeln wolle. Infolgedessen kam eine Verwendung der Altonaer Polizeimannschaften für Zwecke der Kommandantur nicht weiter in Betracht.«³⁵

Das war nur die halbe Wahrheit; tatsächlich gab es keine Einheiten mehr, die von Falk hätte einsetzen können. Rechnerisch standen dem General nach eigenen Angaben rund 1000 erst fünf Wochen zuvor eingezogene Rekruten, ein paar Maschinengewehre und zwei Geschütze zur Verfügung.³⁶ Die Artilleristen in Bahrenfeld weigerten sich jedoch, ihre Geschütze einsatzbereit zu machen, und die Soldaten des Ausbildungsbaillons in der Viktoria-Kaserne waren längst zu den Demonstrierenden übergelaufen. Sie hatten sich, angeführt von einer Militärmusikkapelle, an der Veranstaltung auf dem Heiligengeistfeld beteiligt und dem sich anschließenden Demonstrationzug zum Generalkommando angeschlossen. Unter den 40.000 Teilnehmern der Veranstaltung auf dem Heiligengeistfeld³⁷ befand sich auch ein »Zug von Frauen«, wie der »Hamburger

32 Krause (1984): Das bürgerliche Trauma, S. 40., vgl. auch Hartel, Werner: Geschichte der SPD in Altona-Nord, [Ort Jahr], S. 13f.

33 Hamburger Anzeiger vom 6. 11. 1918.

34 StA HH, 424-88 Nr. 29 (Nachlass Schnackenburg), Bericht des 2. Bürgermeisters Schulz an Schnackenburg vom 9.11.1918.

35 Ebd.

36 Der Soldatenrat der Viktoria-Kaserne gab zwei Tage später die Zahl von 2800 Soldaten an. Vgl. Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 139.

37 Über die Veranstaltung wird an verschiedenen Stellen berichtet: Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 129-131 u. S. 134, 136f; Malanowski, Wolfgang: November-Revolution. Die Rolle der SPD, Frankfurt a. M./Berlin 1968, S. 132-134.; Ullrich, Volker: Zwischen Burgfrieden und Novemberrevolution. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Hamburg 1914-1919, in: Bauche/Eiber/Wamser/Weinke (Hg.): »Wir sind die Kraft«. Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945, Hamburg 1988, S. 95; Ders.: »Der letzte Befehl, kein Blutvergießen«, in: Altona, Hamburgs schöne Schwester, Hamburg 1991 (2. Aufl.), S. 336; Krause, Thomas: »Das bürgerliche Trauma. Revolution in Altona.«, in: ders. Das andere Altona, Hamburg 1984, S. 39-58, hier S. 42.

General Anzeiger« hervorhob.³⁸ Er berichtete, dass ein Redner des Soldatenrats der Altonaer Viktoria-Kaserne die Veranstaltung eröffnete und sofortigen Frieden und die Zusicherung forderte, dass »kein Soldat auf die Bevölkerung schießen dürfe und auch nicht andere Truppen herangezogen und auf die Bevölkerung losgelassen werden dürften«.³⁹ Der radikale Linkssozialist Fritz Wolffheim rief dagegen zur Erstürmung der Generalkommandantur in Altona auf⁴⁰, worauf sich der Demonstrationzug formierte. Verhandlungen mit dem Generalkommando wurden verweigert, und von Falk und sein Stab ergriffen die Flucht, jedoch nicht ohne vorher noch den Befehl zu geben, kein Blut zu vergießen.⁴¹ Das hatte von Falk bereits am 5. November Vertretern der Arbeiterschaft, unter ihnen der Hamburger SPD-Chef Otto Stolten, bei einem Treffen im Generalkommando zugesagt.⁴² In der Arbeiterschaft war der General zur Hassfigur geworden, weil er »die Proletarier in Fabrik und Kaserne mit rücksichtsloser Brutalität unter die Sohlen seiner Kommissstiefel getrampelt« hatte, wie das sozialdemokratische »Hamburger Echo« schrieb.⁴³ Als Befehlshaber des IX. Stellvertretenden Armeekorps war er für »die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und allgemeiner Stimmung« in seinem Kommandobereich verantwortlich, nachdem im August 1914 in Deutschland der Belagerungszustand ausgerufen worden war.⁴⁴

Auf dem Weg vom Heiligengeistfeld zur Kommandantur in der Palmaille kam es zu zwei Anschlägen. Zuerst wurde der von einer bewaffneten Postenkette angeführte Zug an der Ecke Lincolnstraße/Reeperbahn aus mehreren Fenstern heraus beschossen⁴⁵, dann fielen Schüsse aus Häusern am Nobistor, denen zehn Teilnehmer zum Opfer fielen. Trotz der Toten und angesichts der Tatsache, dass der Zug von Bewaffneten begleitet wurde,⁴⁶ gestaltete sich der weitere Verlauf auch in Altona überraschend friedlich. Nach der Schießerei am Nobistor löste sich der Zug in kleine Trupps auf, die sich über

38 Hamburger General Anzeiger vom 6. November 1918.

39 Ebd.

40 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 41. Vgl. in diesem Band die Wiedergabe des Textes von Friedrich (»Fritz«) Wolffheim: Der 6. November, S. 56–62.

41 Der Rechenschaftsbericht des stellvertretenden kommandierenden Generals des IX. Armeekorps, Adalbert von Falk über die Zeit vom 3.–12.11.1918 findet sich in Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 138–142.

42 Ebd., S. 38.

43 Krause (1984): Das bürgerliche Trauma, S. 42.

44 Zum Belagerungszustand und zu den Befugnissen der Stellvertretenden Generalkommandos siehe auch Matuschka, Edgar Graf von: Organisationsgeschichte des Heeres 1890 bis 1918, in: Deutsche Militärgeschichte 1648–1939. Hg. Militärgeschichtliches Forschungsamt. Bd. 3, S. 280; Feldman, Gerald D.: Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918, Berlin/Bonn 1985, S. 38–45.

45 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918. Der Hamburgische Correspondent berichtete, dass mehrere Matrosen in das Haus eingedrungen seien, dort zwei Frauen als Täterinnen ausgemacht und diesen die Kehle durchgeschnitten hätten. Die blutige Darstellung dürfte ihre Wirkung auf die bürgerlichen Leser:innen nicht verfehlt haben. Im Hamburger General Anzeiger hieß es dagegen, aus einem Haus an der Reeperbahn sei ein Rädelsführer geholt und niedergemacht worden.

46 Einige Demonstranten führten ein Maschinengewehr mit, das sie der Wache am Untersuchungsgefängnis am Holstenplatz abgenommen hatten. Vgl. Hamburger General Anzeiger vom 6. November 1918; andere hatten zwei Polizeiwachen auf St. Pauli geplündert. Vgl. ebd.

die ganze Stadt verbreiteten.⁴⁷ Die bewaffneten Vorpostenketten forderten die Anwohner mit lauten Zurufen auf, die Fenster zu schließen und sich nicht zu zeigen. Trotzdem habe es auf den Straßen Altonas vor Menschen gewimmelt, berichtete der »Hamburgische Correspondent«.⁴⁸

Einige Demonstranten machten sich, als sie das Generalkommando leer vorfanden⁴⁹, auf den Weg zum Hotel Kaiserhof, wo General von Falk wohnte,⁵⁰ andere wollten politische Gefangene befreien. Der Aufseher des Polizeigefängnisses, der das Verbot von Falks, Waffen einzusetzen, nicht kannte, wollte das Gebäude verteidigen. Nur das Eingreifen des herbeigeeilten Polizeichefs verhinderte den Angriff. Die Gefangenen wurden freigelassen, der Polizeichef von den Demonstrierenden festgenommen.⁵¹

Ein anderer Trupp löste sich aus dem großen Demonstrationzug und marschierte zum Altonaer Rathaus, wo »die Vorläufer des Zuges« am Eingang von Senator Hermann Thomas und den sozialdemokratischen Stadtverordneten August Kirch und Wilhelm Sievert⁵² empfangen wurden. Sie erklärten ihnen, dass das Rathaus »unter ihrem Schutz stünde«.⁵³ Damit retteten sie die für die städtischen Verhältnisse durchaus bedrohlich gewordene Situation. »Fortan konnte der Magistrat mit dem Arbeiter- und Soldatenrat durch Verhandlungen die Durchführung der jetzt dringlichen Aufgaben erreichen«, schrieb der Altonaer Stadtarchivar Paul Theodor Hoffmann.⁵⁴

Die Demonstranten verteilten sich über Altona und Ottensen. Einige Bäckereien und Brothandlungen wurden geplündert, in einem Polizeiamt wurden die Polizisten entwaffnet und die rote Flagge zum Zeichen gesetzt, das es jetzt unter dem Schutz der Revolutionäre stand.⁵⁵ Andere Demonstranten drangen in die Fabriken ein und forderten die Arbeiter auf, die Produktion einzustellen.⁵⁶ In den Altonaer, Ottenser und Bahrenfelder Fabriken, aber auch in den umliegenden Städten erschienen Soldaten mit der Botschaft, die alte Ordnung gelte nicht länger. Paul Nevermann (1902-1979), der spätere Erste Bürgermeister Hamburgs, damals ein 16jähriger Maschinenschlosser-Lehrling in einer Granatenfabrik in Bahrenfeld, beschreibt das Geschehen in seiner Autobiographie: »Berittene Matrosen kamen auf den Fabrikplatz, und der Betriebsleiter schaltete den Haupthebel in der Zentrale aus: Nun war auch die Rüstungsproduktion zu Ende – wie das Kaiserreich.«⁵⁷ Ganz so einfach, wie Paul Nevermann es beschreibt, war

47 Hamburger General Anzeiger vom 6. November 1918.

48 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

49 Hamburgischer Correspondent und neue Hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

50 Der Hamburgische Correspondent verbreitete zunächst das falsche Gerücht, Gen. von Falk sei im Landgerichtsgebäude inhaftiert worden. Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

51 Hoffmann (1929): Neues Altona, Bd. 1, S. 6.

52 Er hatte 1909 gemeinsam mit Heinrich Kürbis den SPD-Forderungskatalog an Schnackenburg unterschrieben. Vgl. w.o. Anm. 2.

53 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918. Der Hamburgische Correspondent schreibt nur von Thomas und Sievert, während Hoffmann auch Kirch nennt. Hoffmann (1929): Neues Altona, Bd. 1, S. 7.

54 Ebd., S. 7.

55 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

56 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

57 Nevermann, Paul: Paul Nevermann. Metaller, Bürgermeister, Mieterpräsident, Köln 1977, S. 13f.

es nicht überall. Noch am 24. November 1918 veröffentlichten die »Hamburger Nachrichten« einen Aufruf des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung, endlich die »unproduktive Arbeit für Kriegsaufträge« zu beenden. »Die Betriebe sind unverzüglich auf Friedensmaterial umzustellen.«⁵⁸

Thomas, Kirch und Sievert blieben zunächst die einzigen Politiker, die sich den Demonstranten stellten. Später am Abend traf Senator Wilhelm Harbeck (1862-1945) mit Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats im Rathaus zusammen, berichtete der »Hamburgische Correspondent«.⁵⁹ Oberbürgermeister Schnackenburg lag in diesen Stunden, wie viele Altonaer, mit Grippe im Bett. An eben diesem 6. November hatten die Altonaer Schulen, die wegen der Spanischen Grippe geschlossen worden waren, den Unterricht wieder aufgenommen.⁶⁰ Der zweite Bürgermeister Franz Wilhelm Schulz, dem die Altonaer Polizeikräfte unterstanden, versteckte sich während der Unruhen im Bahrenfelder Gaswerk⁶¹ und ließ das Gerücht verbreiten, es sei sinnlos, nach ihm zu suchen, da er sich an der dänischen Grenze in Sicherheit gebracht habe. »Ich hatte keine Lust, der roten Bande in die Hände zu fallen.«⁶² Später rechtfertigte er seine Abwesenheit mit der falschen Behauptung, er habe in diesen Stunden versucht, Kontakt zum Hamburger Senat aufzunehmen.⁶³

Schnackenburg nahm seine Arbeit im Rathaus am 8. November wieder auf. Tags zuvor waren die Bahnhöfe und öffentlichen Gebäude von Soldaten besetzt worden, darunter auch das Generalkommando an der Palmaille, das in den nächsten Monaten als Sitz des Soldatenrats für Hamburg, Altona und Umgegend fungierte. Der Oberbürgermeister musste sich einen Überblick über die Lage verschaffen, sich der Loyalität der Beamtenschaft vergewissern⁶⁴ und sehen, wie die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gewährleistet werden konnte. Die Verwaltungsstrukturen des Belagerungszustands wa-

58 Hamburger Nachrichten vom 24.11.1918, siehe dazu auch Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 160. Sitzung am 10.11.1918.

59 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

60 Hamburger Nachrichten vom 11.2.1918.

61 StA HH 424-88, Nr. 33 (Nachlass Schnackenburg). Am 13.11.1918 gab »Fräulein Wünsche, Telefonistin beim Bahrenfelder Gaswerks, zu Protokoll, dass Bürgermeister Schulz vom Gaswerk aus vergeblich versucht habe, das Rathaus zu erreichen. Später habe er sich mit einem Herrn unterhalten, den er offenbar bestellt hatte. Um 16:30 Uhr habe er das Gebäude »mit dem Bemerken« verlassen, daß »er sich nach dem Rathaus begeben.« Gaswerk-Direktor Lichtheim schrieb an Schnackenburg gerichtet die Bemerkung an den Rand: »Es ist demnach nicht wahr, daß der höhere Polizeichef, wie er öffentlich behauptet hat, den ganzen Tag beim Senat in Hamburg war.«

62 Krause (1984): Das bürgerliche Trauma, S. 43.

63 StA HH 424-88 Nr. 33 (Nachlass Schnackenburg).

64 Zur Rolle der Altonaer Beamtenschaft siehe Holmer Stahncke (2018): Altona. Geschichte einer Stadt, Hamburg 2014, S. 248ff. Als der kommissarische Senator Stoll am 7. Dezember den städtischen Beamten, Lehrern und Angestellten das Regierungsprogramm der »Regierungssozialisten« vorstellte, erklärten diese, die Regierung Ebert-Hase »durch gewissenhafte Ausübung des Dienstes zu unterstützen.« Jedoch wird jeder Eingriff in die inneren Angelegenheiten der staatlichen und kommunalen Verwaltungsbetriebe gemäßbilligt und die Beseitigung der gegenwärtigen Zustände durch die Einberufung der Nationalversammlung noch vor dem 16. Februar als das dringendste Gebot der Stunde gefordert.« Hamburger Nachrichten vom 7.12.1918.

ren mit der Flucht des Generals Falk faktisch obsolet. Am 9. November organisierten Hamburg, Altona und der Soldatenrat deshalb eine Lebensmittelkommission.⁶⁵

Da der Soldatenrat der Viktoria-Kaserne, die mit 2800 Mann mit wenigen hundert Gewehren belegt war, in einer Besprechung mit Schnackenburg und dem Magistrat am 8. November anbot, Soldaten abzustellen, die gemeinsam mit der Polizei für Sicherheit und Ordnung sorgen sollten, und gleichzeitig betonte, mit den politisch-linken Kräften im Provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat nichts zu tun zu haben⁶⁶, konnte Schnackenburg zunächst aufatmen. »Wir betrachten die Matrosen als Abenteurer und Plünderer, haben uns ihnen nur, weil wir uns nach dem Kommandanturbefehl nicht zur Wehr setzen durften, ergeben, wollen uns aber den Offizieren, mit denen beim Regiment stets ein gutes Verhältnis bestanden hat, wieder unterordnen, auch von heute nachmittag an wieder Achselstücke anlegen«, vermerkt das Sitzungsprotokoll den Standpunkt des Soldatenrats.⁶⁷ Kurz zuvor hatten die Torwachen Matrosen daran gehindert, in die Viktoria-Kaserne einzudringen und sich aus den Kammerbeständen zu bedienen. Im Hamburger Soldatenrat machte sich das Gerücht breit, die Altonaer Soldaten hätten eine »Weiße Garde« gebildet und wollten bewaffnet gegen die Hamburger Räte vorgehen.⁶⁸

Noch war das Thema Sicherheit nicht vom Tisch, noch musste man im Rathaus mit Ausschreitungen und Lebensmittel-Plünderungen rechnen. Und obwohl die Revolution auch in Altona unblutig und diszipliniert nach den Regeln, die die Revolutionäre sich selbst auferlegt hatten, verlief, stellten viele Bürger das Machtmonopol der Kommune, die die Polizeigewalt innehatte, in Frage. Sie stellten in den folgenden Wochen eigene Bürgerwehren auf und unterstützten Anfang 1919 durch Spenden und andere Hilfeleistungen das rechte Bahrenfelder Freiwilligenkorps.⁶⁹

Faktisch lag die bewaffnete Gewalt jetzt bei den Soldaten, die mehr schlecht als recht den Soldatenräten folgten. In den ersten Tagen der Revolution hatten sich in allen Einheiten eigene Soldatenräte gebildet, die zunächst aber weder organisatorisch noch ideologisch miteinander vernetzt waren. Einige ihrer Anführer waren politisch geschult, waren Sozialdemokraten oder Linksozialisten, andere wollten von Politik nichts wissen. Heinrich Laufenberg beschrieb sie als ein »buntes Gemisch politischer Anschauungen«. Unter ihnen seien »Gefühlssozialisten, ohne Kenntnis der sozialistischen Gedankenwelt« gewesen, und nur wenige hätten sich zu einer gefestigten sozialistischen Überzeugung durchgerungen.⁷⁰ Die SPD, die den USPD-Rednern zwar auf den Versammlungen das Wort überlassen musste, konnte sich aber auf die Rückendeckung der organisierten Arbeiterschaft in den Betrieben verlassen. Schon früh versuchte sie erfolgreich, ihren Einfluss auch auf die Soldatenräte auszudehnen. So begleitete

65 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 150f.

66 StA HH 424-88 (Nachlass Schnackenburg), Protokoll des Treffens vom 8.11.1918.

67 Ebd.

68 Siehe dazu Baumann, Fred Seyd: Um den Staat. Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution in Hamburg 1918/19, Hamburg 1924, S. 22ff.

69 Zur Sicherheitslage in Altona siehe Stahncke (2018): Altona, S. 251-254 u. Dähnhardt, Heinz: Die Bahrenfelder. Geschichte des Zeitfreiwilligenkorps Gross-Hamburg in den Jahren 1919/20, Hamburg 1925.

70 Laufenberg, Heinrich: Die Hamburger Revolution, Hamburg, 1919, S. 4.

Hermann Thomas, der sich in diesen Tagen für den Magistrat als wertvoller Verbindungsmann zu den revolutionären Gruppierungen erwies, die drei Soldatenräte nach dem Treffen am 8. November in die Kaserne und hielt vor den jungen Soldaten eine Rede, für die er »großen Beifall« erhielt.⁷¹ Als diese kurz darauf einen Fünferausschuss wählten, der sie repräsentieren und einen geregelten Dienstbetrieb organisieren sollte, kamen die Sozialdemokraten Hermann Thomas und August Kirch (1879-1959) sofort in die Kaserne, um Näheres zu erfahren.⁷² In den nächsten Tagen und Wochen konnte die SPD eigene Funktionäre und Sympathisanten in die Führungsgremien der Soldatenräte bringen. Am 28. Dezember übernahm der Sozialdemokrat Walter Lamp'l den Vorsitz des Soldatenrats und ging seitdem konsequent gegen spartakistische Bestrebungen im Rat vor.⁷³ Er war ab 1921 im Altonaer Magistrat als Senator für die Polizei zuständig. Der sozialdemokratisch dominierte Soldatenrat verhinderte, dass Laufenberg eine ihm untergeordnete rote Volkswehr, bestehend aus überzeugten Anhängern der Revolution, aufbauen konnte.

Als im Dezember 1918 die Frontsoldaten zurückkehrten⁷⁴, waren viele Soldaten des Heimatheeres bereits demobilisiert. Auch die Frontsoldaten wurden umgehend demobilisiert; zwischen einigen Einheiten des Infanterie-Regiments 31 und dem Soldatenrat der Viktoria-Kaserne kam es jedoch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Der Soldatenrat löste die heimgekehrten Front-Einheiten schließlich am 5. Januar 1919 auf und unterstellte sie sich direkt als Kompanie des Ersatzbataillons.⁷⁵ Der Versuch dieser Einheit der Viktoria-Kaserne, in Blankenese ein Freiwilligen-Bataillon 31 (also ein Freikorps) aufzustellen, scheiterte » am Widerstand der politischen Gewalten in Altona«, so der Regimentschronist.⁷⁶

4. Vier kommissarische Senatoren und ein Beigeordneter

Die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten war für das Bürgertum ein Gebot der Stunde. Der »General-Anzeiger für Hamburg-Altona« betonte am 9. November 1918⁷⁷, dass ohne die »Heranziehung der alten Richtung der Sozialdemokratie« Anarchie drohe. Noch gäbe es in der Hamburger Arbeiterschaft keine Mehrheit für »kommunisti-

71 StA HH 424-88, (Nachlass Schnackenburg), Protokoll des Treffens vom 8.11.1918.

72 Baumann, *Um den Staat*, S. 26.

73 »Lamp'l betont unter lebhaften Beifall, alle Drohungen würden ihn nicht abhalten, gegen spartakistische Umtriebe, die bis in den Dreißiger-Ausschuss und in den Korps-Delegierten-Rat sich bemerkbar machten, energisch vorzugehen.« Vgl. ders., *Die deutsche Revolution*. Bd. 1, S. 652f. Vgl. auch Stalman (2013): *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat*, S. 58f. und Stalman, *Die Revolution*, S. 135f.

74 Eine ausführliche Darstellung findet sich bei Stahncke (2018): *Altona und die Revolution*; vgl. auch die Regimentschroniken: Förster, Sigismund v.: *Das Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 31, Oldenburg i.O.*, Berlin 1921; Studt, Bernhard: *Infanterie-Regiment Graf Bose (1. Thüringisches) Nr. 31 im Weltkriege 1914-1918*, Oldenburg 1926; Suhrmann, Wilhelm: *Geschichte des Landwehr-Infanterie-Regiments Nr.31 im Weltkrieg*, Oldenburg 1928.

75 Studt, *Infanterie-Regiment 31*, S. 281.

76 Ebd., S. 281.

77 *General-Anzeiger für Hamburg-Altona* vom 9. 11. 1918.

schen Tendenzen«, doch das könne sich ändern, wenn man jetzt nicht dagegen steuere. Jetzt gelte es, den Sozialdemokraten den Rücken zu stärken.⁷⁸ Selbst der Altonaer Industrielle Johannes Menck (1845-1919) forderte die Altonaer Wirtschaft auf, die »gewerkschaftliche Sozialdemokratie« zu unterstützen, »damit sie die Übermacht über die radikale Strömung erhält«.⁷⁹

Auch Schnackenburg erkannte, dass er nur gemeinsam mit der SPD radikalen Tendenzen entgegenwirken konnte, da sie das Ziel einte, eine Räterepublik zu verhindern. Ihr gemeinsames Feindbild erhielt am 11. November ein Gesicht. Der Linksradi-kale Heinrich Laufenberg wurde an diesem Tag zum Vorsitzenden des neugegründeten Arbeiter- und Soldatenrats für Hamburg, Altona und Umgegend (AuSR) gewählt. Laufenberg war sich allerdings bewusst, dass er sein sozialistisches Programm nicht ohne Widerstände durchsetzen konnte und zeigte sich im Rat kompromissbereit, um die Sozialdemokratie durch Zugeständnisse vielleicht doch noch auf seine Seite zu ziehen. Volker Stalman spricht von seiner Politik des Sowohl-als-auch.⁸⁰

Die Altonaer Arbeiterschaft wählte die ihnen bekannten SPD- und Gewerkschafts-funktionäre Hermann Thomas und Gustav Hähnel⁸¹, ein von der Gewerkschaft nomi-nierter Hafenarbeiter und Stadtverordneter, in den AuSR.⁸² Damit saß ein Mitglied des bürgerlichen Altonaer Magistrats im obersten Gremium der Revolution. Und hier traf Thomas nicht nur auf Laufenberg, mit dem er seit Jahren politisch verfeindet war, sondern auch auf seinen ehemaligen Fraktionskollegen Carl Herz, dem juristischen Be-rater Laufenbergs. Im Krieg hatte Thomas als Mitglied des Presseausschusses der SPD versucht, die beiden Abweichler daran zu hindern, Artikel im »Hamburger Echo« zu ver-öffentlichen. Jetzt wollte er verhindern, dass sie die »Rote Fahne«, wie das »Hamburger Echo« am 8. November umbenannt wurde, nutzten, um bolschewistische Propaganda zu verbreiten. »In der »Roten Fahne« wird der Bolschewismus propagiert, und wenn wir da nicht einen Riegel verschieben, werden wir dafür verantwortlich gemacht, für das, was entsteht.«⁸³ Konfliktstoff gab es reichlich.

Noch war der Altonaer Magistrat frei in seinen Entscheidungen, auch wenn der Arbeiter- und Soldatenrat den Anspruch hatte, für Hamburg, Altona und Umgegend zuständig zu sein. Laufenberg schrieb später, dass sich eine Balance zwischen Räteregierung und der alten bürgerlichen Verwaltung entwickelte, so dass es »Anlass« gab, »die Zuständigkeit des nicht nur für Hamburg, sondern auch für Altona, Ottensen,

78 Lübecker Volksbote vom 21. November 1918. Auch die Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins appellierte Ende November an die Kreis-, Bezirks- und Ortsverbände, »alle Kräfte zu mobilisieren«, zu agitieren und neue Mitglieder zu werben. »Jeder Ortsverein hat jetzt die Pflicht, selbständig vorzugehen und die Stunde zu nutzen. [...] Vorwärts dem Sozialismus entgegen!"

79 Hamburger Nachrichten vom 17.11.1918.

80 Stalman, (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 50 u. S. 68-69.

81 Im AuSR war Hermann Thomas Mitglied der Kommissionen für Verkehr, Handel, Schifffahrt und Industrie. Ebd., S. 167 u. 197.

82 Hamburgischer Correspondent vom 11. 11. 1918. Vgl. auch Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 47 u. 158-159.

83 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 301, Sitzung des AuSRs vom 29. 11. 1918.

Wandsbek und die gesamte Umgebung des Vierstädtekomplexes eingesetzten Arbeiterrates über die Nachbargebiete näher festzulegen.« Dessen Zuständigkeit habe soweit gereicht wie die Zuständigkeit der Organisationen und Truppenformationen, die ihre Vertreter in den Rat entsandt hatten.⁸⁴

Wie real diese Gefahr für Altona war, zeigte sich bereits am 12. November vormittags, als Laufenberg und seine Anhänger die Absetzung des Hamburger Senats und die Auflösung der Bürgerschaft beschlossen. Am Nachmittag wurde der entsprechende Entwurf verabschiedet. »Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr.«⁸⁵ Damit sich Ähnliches nicht auch in Altona ereignen konnten, legten die Altonaer Sozialdemokraten dem drohenden Macht- und Expansionsdrang Laufenbergs umgehend einen Riegel vor. Bereits am 12. November, am gleichen Tag also, an dem die Absetzung der politischen Gremien in Hamburg beschlossen wurde, wählte der Altonaer Arbeiterrat, in dem nur Sozialdemokraten vertreten waren, die vier SPD-Funktionäre Carl Stoll, Max Brauer, Wilhelm Sievert und August Kirch als Kommissarische Senatoren mit weitreichenden Befugnissen in den Altonaer Magistrat und bestimmten Senator Thomas zum »Beigeordneten des Oberbürgermeisters«.⁸⁶ Brauer, der in der Produktionsgenossenschaft gearbeitet hatte, sollte mit den städtischen Betrieben zusammenarbeiten. Kirch sollte dem Polizeichef beigeordnet sein, der Journalist Stoll der Direktion des Lebensmittelamts und der Parteifunktionär Sievert vorwiegend soziale Angelegenheiten behandeln, wie der »General-Anzeiger es formulierte.⁸⁷ Gegen ihr Votum durfte im Magistrat nichts entschieden werden. Sämtliche Amtshandlungen des Oberbürgermeisters bedurften ihrer Gegenzeichnung. Seine Handlungsfreiheit, die seines Magistrats und die der Stadtverordnetenversammlung⁸⁸ waren von nun an stark eingeschränkt.⁸⁹

84 Laufenberg (1919): Die Hamburger Revolution, S. 11. Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 76 u. Fußnote 319. Die Bereitschaft, ihren politischen Machtanspruch über die Landesgrenzen Hamburgs zu erweitern und dabei den Konflikt mit der preußischen Regierung nicht zu scheuen, wie es ja schon im Namen Arbeiter- und Soldatenrat für Hamburg, Altona und Umgegend angelegt war – Volker Stalman spricht von einem »Gestaltungsanspruch des Rates« – zeigte sich, als der AuSR am 18. und 22. November die Landräte der Kreise Pinneberg und Stormarn ihrer Ämter enthob. Beide Kreise gehörten wie Altona zu Preußen und unterstanden dem Regierungspräsidium Schleswig. »Unsere Macht reicht so weit unsere Schiffsgeschütze reichen«, gaben sich Laufenbergs Anhänger siegesbewusst.

85 Vgl. Lampf, Walther: Die Revolution in Groß-Hamburg, Hamburg 1921, S. 14.

86 StA HH 424-88, Nr. 32 (Nachlass Schnackenburg), siehe auch Hoffmann (1929): Neues Altona, Bd. 1, S. 39 und Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 193, Anm. 7. Anthony McElligott schreibt fälschlicherweise, dass neben Thomas nur Brauer und Kirch als Kommissare eingesetzt wurden. McElligott, Anthony: Contested City. Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona, 1917-1937, Ann Arbor, Michigan o.J., S. 46.

87 General-Anzeiger für Hamburg-Altona vom 13.11.1918.

88 Die Kommunalwahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 18. November 1918 waren bereits auf unbestimmte Zeit von der Versammlung und dem Zentralausschuss der kommunalen Vereine in Altona verschoben worden, um »den heutigen Verhältnissen [...] Rechnung [zu] tragen. Man wolle an der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit mitarbeiten.« Hamburger Nachrichten vom 9.11.1918 u. Hamburgischer Correspondent, vom 11.11.1918.

89 StA HH 424-88, Nr. 32 (Nachlass Schnackenburg), 12. November 1918.

Das war formal ein revolutionärer Akt, der den bürgerlichen Magistrat entmachtete. Aber in seiner Zielsetzung wollte er keine neuen politischen Tatsachen schaffen, sondern die bestehenden Verhältnisse in Altona sichern. Laufenberg konnte seinen Einfluss jetzt nicht mehr kurzfristig auf Altona ausdehnen, denn er konnte schlecht einen Altonaer Magistrat absetzen lassen, in dem die Sozialdemokraten, unter ihnen das Mitglied AuSRs Hermann Thomas, in einem revolutionären Akt formal die Macht übernommen hatten. Laufenberg war sich des wahren Charakters dieser Handlung bewusst und verurteilte ihn als feindlichen, gegen die Arbeit des AuSRs gerichteten Akt: »Während die Politik des Rates hinausging, die bürgerliche Verwaltung einer immer schärferen Kontrolle zu unterziehen und sich selbst an die leitende Spitze organisches in sie einzuschalten, ernannte im Widerspruch zu dieser Politik die alte Partei in Altona vier Senatoren.«⁹⁰ Der AuSR konnte jetzt nur noch durch Verordnungen Einfluss auch auf Altona nehmen. 135 waren es schließlich, aber sie waren in ihrer Bedeutung für die kommunale Selbstverwaltung unerheblich.⁹¹

Formal hatte Schnackenburg jetzt einen großen Teil seiner Macht verloren. Doch man wird davon ausgehen dürfen, dass die Wahl der kommissarischen Senatoren nicht ohne sein Einverständnis geschah. Die Altonaer Sozialdemokraten waren keine Hasardeure, die ihr Ziel, Altona ohne Blessuren durch die Revolution zu bringen und eine Räterepublik zu verhindern, aufs Spiel gesetzt hätten, indem sie den Oberbürgermeister mit diesem Schritt unvorbereitet vor vollendete Tatsachen stellten. Denn in diesem Fall mussten sie mit seinem Rücktritt rechnen und hätten damit möglicherweise das Risiko in Kauf genommen, die Unterstützung der Altonaer Kommunalverwaltung zu verlieren. Alles – insbesondere die gute Zusammenarbeit in den folgenden Jahren – spricht dafür, dass Schnackenburg informiert und einverstanden war.

Laufenberg und die übrigen Mitglieder des AuSRs erfuhren von der Einsetzung der vier Kommissare und von dem neuen Amt ihres Ratsmitglieds Thomas erst am nächsten Tag, dem 13. November, aus der Zeitung.⁹² In der Sitzung vom 12. November hatte Thomas diesen bedeutsamen politischen Schritt mit keinem Wort erwähnt. Entsprechend wütend war der USPD-Vertreter Paul Dittmann. Dieser Schritt kreuze die Absicht des AuSRs, seine Macht auf Altona auszudehnen. Die Angelegenheit werde selbstverständlich korrigiert, tröstete ihn Laufenberg, wenn die Eingemeindungsfrage Altonas erledigt sei und eine einheitliche Stadtverwaltung Platz greife.⁹³ Laufenberg strebte eine »erhebliche Vergrößerung Hamburgs in preußisches Territorium« an, damit er bei den Verhandlungen zur staatsrechtlichen Neuordnung Deutschlands ein schweres Gewicht in die Schale legen konnte.⁹⁴

90 Laufenberg (1919): Die Hamburger Revolution, S. 19.

91 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 72. Bei Walther Lamp'l sind sämtliche Verordnungen aufgelistet. Vgl. ders.: Das groß-hamburgische Revolutionsrecht, Hamburg 1921.

92 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 194.

93 Ebd.

94 Laufenberg (1919): Die Hamburger Revolution, S. 15f. Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 71f.

5. Die Groß-Hamburg-Debatte

Obwohl Laufenberg ein vehementes Interesse an der Groß-Hamburg-Frage hatte, brachte nicht er, sondern sein Altonaer Widersacher Hermann Thomas dieses Thema auf die Tagesordnung des AuSRs, und zwar bereits in der ersten Ratssitzung am 12. November – an dem Tag, an dem die Altonaer SPD durch die Ernennung der vier kommissarischen Senatoren eine schnelle Lösung dieser Frage im Laufenbergischen Sinne verhindert hatte. »Thomas regt an, die Eingemeindungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen«, heißt es im Sitzungsprotokoll.⁹⁵ Hinter Thomas' Initiative standen Schnackenburg und die Altonaer Sozialdemokraten. Schnackenburg beschäftigte das Thema, wie sich das finanzschwache Altona gegen Hamburg behaupten konnte, seit seinem Amtsantritt.⁹⁶ Versuche, preußische Finanz- und Wirtschaftshilfe zu erhalten, waren gescheitert – seine Forderung, die »unnatürliche Staatsgrenze« zu beseitigen, ungehört verhallt.⁹⁷ Im Krieg hatte der Hamburger Senat das Thema für sich entdeckt und von der preußischen und der Reichsregierung die Eingemeindung preußischer Randgemeinden »im Interesse der Wirtschaft des Reiches« gefordert – das überschuldete und sanierungsbedürftige Altona davon aber kategorisch ausgeschlossen. Damit war der Magistrat in die Rolle des Bittstellers geraten, der selbst nichts anzubieten hatte und damit nicht in der Lage und fähig war, der Debatte positive Impulse zu verleihen, im Grunde nicht einmal teilnehmen durfte.

Mit dem Vorstoß von Thomas hatte Altona die Initiative übernommen. Schnackenburg und die vier kommissarischen Senatoren verloren keine Zeit und setzten das Thema »Beseitigung der staatlichen und kommunalen Grenzen zwischen Hamburg und Altona und [...] Zusammenschluss des Wirtschaftsgebiets Groß-Hamburg« bereits am 15. November in der Stadtverordnetenversammlung auf die Tagesordnung.⁹⁸ Es wurde eine 17-köpfige Kommission mit Schnackenburg an der Spitze gewählt, die »mit den zuständigen Stellen in Hamburg zur Erreichung des Zieles in Verbindung treten« sollte.⁹⁹ Gleichzeitig schickte der Magistrat einen Vertreter nach Berlin, »um einen Fühler auszustrecken« und »die preußische und die Reichsregierung von unserem Vorhaben zu unterrichten und zu verlangen, die Eingemeindung, wie beabsichtigt zu vollziehen.«¹⁰⁰

95 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 173.

96 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 713. Zur Entwicklung der Groß-Hamburg-Diskussion siehe Loose, Hans-Dieter: Altona und die Groß-Hamburg-Frage, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg): Vom Vier-Städte-Gebiet zur Einheitsgemeinde, Hamburg 1988, S. 41-56; Johe, Werner: Territorialer Expansionsdrang oder wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Groß-Hamburg-Frage, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 64 (1978), S. 149-190; Martens, Holger: Hamburgs Weg zur Metropole. Von der Groß-Hamburg-Frage zum Bezirksverwaltungsgesetz, Hamburg 2004; Stubbe-da Luz, Helmut: Die Oberbürgermeister, Hamburg 1992, S. 47-50; Baumann, Fred Seyd: Groß-Hamburg, Hamburg 1919; sowie Großhamburg. Denkschrift des Hamburger Senats, Hamburg 1921.

97 Schnackenburg: Altona, Schleswig-Holstein, Großhamburg. In: Anhang zu Großhamburg, Denkschrift des Hamburger Senats, Hamburg 1921[?], S. 81.

98 Die Hamburger Nachrichten vom 16.11.1918 berichteten ausführlich über diese Sitzung.

99 Ebd. Der Kommission gehörten neben Schnackenburg auch Sievert an.

100 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 251.

Da es offensichtlich war, dass Preußen mitten in der Revolution keine Wirtschaftshilfe leisten konnte, sollte das Problem auf der politischen Ebene geregelt werden – zur Not unter Preisgabe der eigenen kommunalen Selbstständigkeit. Letztlich trat diese Kommission jedoch nicht in Erscheinung.

Über die öffentliche Sitzung der Altonaer Stadtverordnetenversammlung berichtete auch die Presse. Altona trete in Verhandlungen mit Hamburg ein, meldeten die »Hamburger Nachrichten« und führten aus: »Wir können dieses Bestreben nur gutheißen, allerdings auch nur unter der Voraussetzung, daß sie aus dem preußischen Staatsverband ausscheiden und Hamburg ein selbständiger Staat bleibt. Eine Angliederung möglichst weiter Landgebiete, wie sie in Altona befürwortet wurde, liegt auch im Interesse Hamburgs.«¹⁰¹ Schnackenburg hatte in der Kollegiensitzung vom 15. November, um, wie er sagte, die eigene Handschrift Altonas zu betonen, »den Wunsch« formuliert, das Eingemeindungsgebiet aus wirtschaftlichen Erwägungen bis nach Wedel und Schulau auszudehnen. Die Gemeinden Wedel und Ahrensburg fassten ähnliche Eingemeindungsbeschlüsse.¹⁰²

Am nächsten Tag, dem 16. November, fand im Hotel Kaiserhof eine »Versammlung zur Vereinigung aller Berufe«, auf der die »wirtschaftliche Vereinigung von Hamburg und Altona und anderen benachbarten Orten«, nicht die politische, diskutiert wurde.¹⁰³ Magistratsmitglieder und Stadtverordnete stellten sich den Fragen der Wirtschaftsvertreter. Dass der Magistrat bereit war, Altonas kommunale Selbstständigkeit aufzugeben, spielte in der Debatte keine Rolle, vielmehr bestimmte die Furcht vor Verstaatlichungen die Redebeiträge. Am Schluss beschloss man, eine »republikanische Volkspartei« zu gründen.¹⁰⁴

Der Altonaer Magistrat hatte, um ein Bild zu benutzen, seine schwachen Truppen früh in Stellung gebracht, konnte sie aber nicht in Marsch setzen. Im Grunde war das Vorhaben bereits am 15. November mit der Wahl der Verhandlungskommission gescheitert. Denn das eigentliche Kampfgeschehen fand auf einem anderen Feld zwischen dem AuSR und Hamburg statt – und auch hier waren es nur Schaufegechte, die sich wochenlang hinzogen, letztlich aber ohne praktische Konsequenzen blieben.¹⁰⁵ Laufenberg hatte sich, kaum dass die überraschende Nachricht von der Ernennung der vier Altonaer Senatoren wie eine Bombe eingeschlagen war, unter Ausschluss der Altonaer Politik und Wirtschaft mit Vertretern der Hamburger Wirtschaft in Verbindung gesetzt, die den Wunsch nach »Zusammenfassung eines größeren wirtschaftlichen Komplexes im Interesse des Kredits der Hamburger Kaufmannschaft« artikulierten.¹⁰⁶ Man sei sich einig gewesen, ein großräumiges politisches Gebilde zu schaffen, berichtete Laufenberg auf der Sitzung des AuSRs vom 15. November, an der Thomas sich nicht betei-

101 Hamburger Nachrichten vom 17. 11. 1918.

102 Martens (2004): Hamburgs Weg, S. 18.

103 Hamburger Nachrichten vom 17.11.1918.

104 Ebd.

105 Siehe dazu Loose, Hans Dieter: Groß-Hamburg, Hansestaat oder Republik Niedersachsen? Territoriale Neuordnungspläne für Nordwestdeutschland in der Revolution 1918/19, in: ZVHG, Bd. 66 (1980), S. 95-116.

106 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 71.

ligte.¹⁰⁷ Laufenberg gab zu bedenken, dass die Frage der Eingemeindung Altonas nicht nur unter politischen Gesichtspunkten zu behandeln sei: »Für eine Vereinigung Altonas mit Hamburg ist wichtig und ausschlaggebend die Finanzfrage.«¹⁰⁸ Damit ging er auf die bereits früher in Hamburg formulierte Ablehnung ein, sich möglichst nicht mit dem überschuldeten Altona zu belasten. Man vertagte das Thema schließlich, da es eng mit der noch ungeklärten Frage der künftigen kommunalen Verfassung Hamburgs und der später zu schaffenden gesetzlichen Körperschaften verknüpft war. Überdies stieß man mit diesen Plänen auch bei dem Rat der Volksbeauftragten in Berlin auf entschiedenen Widerstand.¹⁰⁹

Am 21. November wurde das Thema erneut im AuSR diskutiert.¹¹⁰ Carl Herz berichtete von einem Treffen mit Mitgliedern des vom AuSR wieder mit der Geschäftsführung betrauten Hamburger Senats.¹¹¹ Diese hätten Gebietswünsche zur Erweiterung des Hafens und zum Bau von Wohnquartieren angemeldet und unmissverständlich betont, dass ihnen an einer Einverleibung von Altona und Wandsbek nichts gelegen sei. Der Sozialdemokrat Berthold Grosse stimmte zu, dass »die Sache mit Altona« nicht so wichtig sei, da die Stadt eine große Schuldenlast habe und die halbe Stadt sanierungsbedürftig sei. Der im Streit aus der Altonaer SPD geschiedene Carl Herz räumte ein, »die Sache [an sich sei] nicht eilbedürftig«, aber er beharrte auf dem Standpunkt, dass man jetzt »gewisse politische Tatsachen« schaffen sollte: »Ich schlage vor, zunächst so zu verfahren, daß wir die politische Gewalt, die wir ja haben, auch auf Altona und Wandsbek ausdehnen.« Es brauche doch nur eine formelle Bekanntmachung, dass beide Städte der Aufsicht des AuSRs unterstellt würden, der diese durch zwei oder drei Kommissare ausüben lasse, die dann auch die weiteren Eingemeindungsverhandlungen führen. Hermann Thomas widersprach Herz umgehend mit dem Hinweis auf die bereits von der Altonaer SPD eingesetzten Kommissare.

Der AuSR behandelte die Eingemeindungsfrage als ein reines Hamburger Problem, was nicht im Interesse Altonas sein konnte. Dort hatte man sich deshalb bereits um die Rückendeckung Preußens und des Reichs bemüht und einen Vertreter nach Berlin gesandt, um »einen Fühler auszustrecken.« Das entspreche der früheren bürokratischen Manier, jemanden nach Berlin zu schicken und um gut Wetter zu bitten, wetterte Carl Herz, der noch eine private Rechnung mit den Altonaer Kommunalpolitikern offen hatte. Ihm ging es nicht nur um die Eingemeindung Altonas, er wollte den Magistrat entmachten. »Der Arbeiter und Soldatenrat muss die Sache absolut in der Hand haben und deshalb schlage ich vor, Altona und Wandsbek formell der Aufsicht des Rates zu unterstellen.« Diesen Vorschlag stellte Herz jedoch nicht zur Abstimmung. Laufenberg schrieb später über die Initiative von Herz: »Wenn in den Ratssitzungen das Verlangen

107 Ebd., S. 71f und S. 202–205.

108 Ebd., S. 205.

109 Ebd., S. 72 u. S. 203.

110 Ebd., S. 250–252.

111 Entsprechend wären dies Mitglieder des vom AuSR mit der Geschäftsführung betrauten Senats. Demnach entspräche dies der Konstruktion, dass der AuSR die neue »Macht« in Hamburg repräsentierte und der Senat von ihm mit der Geschäftsführung betraut wurde, also nicht »wieder in seine alten Machtbefugnisse« eingesetzt wurde. Vgl. dazu Meyer-Lenz, Konfliktparteien, S. XX in diesem Band.

hervorgetreten war, die politische Gewalt des Rates auf Altona und Wandsbek auszuweiten und die Aufsicht über diese Städte durch Kommissare auszuüben, so hatten doch diese übrigens beiläufig geäußerten Ansichten keinen Anklang gefunden.«¹¹²

Die Groß-Hamburg-Frage wurde in diesem Kreis letztlich nicht geklärt. Dem AuSR lief die Zeit davon, und der Hamburger Senat kam in dieser Frage bis in die 1920er Jahre auf keinen gemeinsamen Nenner mit der preußischen Regierung. Preußen hatte Posen und Teile Westpreußens an Polen und Nordschleswig an Dänemark abtreten müssen und wollte kein weiteres Territorium an Hamburg verlieren. Schließlich ließ man den Senat wissen, das Thema »Groß-Hamburg« sei vom Tisch und man wolle künftig nur noch in Einzelfragen verhandeln, bei denen es um Hamburger Hafen-Probleme ging. 1926 wurden auch diese Verhandlungen abgebrochen.¹¹³

Altona spielte in diesen Verhandlungen wiederum keine eigenständige, aktive Rolle. Als 1920 in Berlin eine Kommission wegen staatsrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten eingesetzt wurde, wurde Bernhard Schnackenburg nicht einmal zur Teilnahme eingeladen.¹¹⁴ Unter seinem Nachfolger Max Brauer trat das nach wie vor finanzschwache Altona gewissermaßen die Flucht nach vorne an. Zwei Projekte, das »Neue Altona« und »Groß-Altona«, sollten die Stadt wirtschaftlich wieder handlungsfähig machen. Mit der Neues-Altona Politik sollte die Stadt sozial- und wirtschaftspolitisch modernisiert werden – was ihren Schuldenberg drastisch erhöhte. Die Eingemeindung umliegender pinnebergischer Gemeinden in ein »Groß Altona«, unter ihnen die steuerkräftigen Elbvororte und das 1919 zur Stadt erhobene Blankenese, war eine notwendige Maßnahme zur Finanzierung der Modernisierungsprojekte. Mit der Unterzeichnung der »Unterelbengesetze« im Juni 1927 wurden neun Landgemeinden gegen ihren Willen Ortsteile von »Groß-Altona«.¹¹⁵

6. Neubeginn der Kommunalpolitik

Die Revolution endete in Altona mit den ersten allgemeinen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 2. März 1919, an der erstmals alle Altonaerinnen und Altonaer ab dem 20. Lebensjahr teilnehmen konnten. Die SPD errang mit 54 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit, da selbst bürgerliche Wähler für sie gestimmt hatten.¹¹⁶ Die USPD kam auf neun Prozent, wogegen die radikale Linke, die sich im Januar 1919 zur Kommunistischen Partei zusammengeschlossen hatte, sich nicht an den Wahlen beteiligte. 63 Prozent der Wählerschaft hatten für eine linke Partei votiert, nur 36 Prozent gaben ihre Stimme einer der drei bürgerlichen Parteien (Deutsche Demokratische Partei, Nationalliberale Deutsche Volkspartei und die Deutsch Nationale Volkspartei).¹¹⁷ Die im November 1918 gegründete liberale DDP – sie bildete mit der SPD und dem

112 Laufenberg (1919): Die Hamburger Revolution, S. 16.

113 Loose (1988): Altona und die Groß-Hamburg-Frage, S. 50f.

114 Martens (2004): Hamburgs Weg, S. 33.

115 Hoffmann, Paul Th.: Altonas städtebauliche Bedeutung, in: Altonaer Stadtkalender 1928, S. 12.

116 Schildt, Axel: Max Brauer, Hamburg 2002, S. 21.

117 Schildt (2002): Max Brauer, S. 21. DVP: elf Prozent, DNVP: drei Prozent.

Zentrum die »Weimarer Koalition, die hinter der neuen Republik stand«¹¹⁸ – erhielt 22 Prozent der Stimmen. Das verdankte sie nicht zuletzt Bernhard Schnackenburg, der sie in den Wahlkampf geführt hatte. Schnackenburg selbst stand nicht zur Wahl; seine Amtszeit als Oberbürgermeister lief erst 1921 aus.

Die SPD stellte im neuen Magistrat die Hälfte der zwölf Senatorenposten und mit Max Brauer den neuen Zweiten Bürgermeister.¹¹⁹ Vom 31. März bis zum 31. August 1919, also unmittelbar in den Monaten nach der Wahl, leitete Brauer die Amtsgeschäfte alleine, da Schnackenburg sich hatte beurlauben lassen, um als Oberpräsident in seine Heimatprovinz Westpreußen zurückzukehren.¹²⁰ Er gab dieses Amt am 23. Juni 1919 aus Protest gegen die Gebietsabtretungen an Polen auf. Nach seiner Rückkehr nach Altona wandte er sich erneut der »Groß-Hamburg-Frage« zu.¹²¹

1921 kandidierte Schnackenburg erneut für das Amt des Oberbürgermeisters und wurde am 21. August für weitere zwölf Jahre gewählt. Nur 11,5 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab; gut 47 Prozent votierten für Schnackenburg.¹²² Die SPD hatte keinen Gegenkandidaten aufgestellt. Man teilte gemeinsame kommunalpolitische Ziele, darunter die Schaffung eines »Groß-Altonas« und ein Arbeiterwohnungsbauprogramm, und die Sozialdemokraten konnten sich eine Zusammenarbeit als Juniorpartner bis 1933 vorstellen.

Schnackenburg hatte sich in den Monaten seit der Revolution zu einem »Vernunftrepublikaner« gewandelt, blieb aber im Grunde seines Herzens Monarchist, wie er 1920 in einer Rede unumwunden zugab:

Ich war ein überzeugter Anhänger der monarchischen Regierung, und ich habe mir erst in Folge der Tatsachen, die die Revolution geschaffen hat, sagen müssen, dass eine echte monarchische Regierung in unserem Volk jetzt keinen Platz mehr haben kann. Eine monarchische Regierung aber, die nicht eine wirkliche Regierung wäre, sondern, wo der König weiter nichts ist als ein Repräsentant, als einer, der das Volk nach außen hin, auch nicht immer, aber gelegentlich vertritt, wie in England, solch eine monarchische Regierung bedeutet für mich nichts, die kann ich nicht gutheißen, die will ich nicht haben. Und ich muß sagen, unsere Hohenzollern wären mir dazu zu schade.¹²³

In der Republik musste Schnackenburg sich, wollte er weiter kommunalpolitisch aktiv sein, einer Partei anschließen. Er diente der Altonaer DDP während der kurzen Zeit, der er ihr vorstand¹²⁴, aber eher als Galionsfigur, für die bürgerliche Wähler sich begeistern konnten, denn als Steuermann, der den Kurs vorgab. Anders als sein Hamburger Amtskollege und Parteifreund Carl Wilhelm Petersen (1868-1933), der bereits um

118 Ebd.

119 Während der Abwesenheit Schnackenburgs führte er die Amtsgeschäfte allein.

120 Stubbe-da Luz (1992): Die Oberbürgermeister, S. 51.

121 Siehe Groß-Hamburg. Denkschrift des Hamburger Senats nebst Anhang, Hamburg 1921.

122 Neue Hamburger Zeitung vom 22.8.1921.

123 StA HH 428-88/47 37, Redeprotokoll Schnackenburgs 1920 anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung.

124 Seine Nachfolger waren Senator Theodor Görlitz und Rektor August Bielfeldt, der Herausgeber des Altonaer Stadtkalenders. Vgl. Stubbe-da Luz (1992): Die Oberbürgermeister, S. 49.

die Jahrhundertwende Kontakt zum späteren Parteigründer Friedrich Naumann (1860–1919) hatte, hatte Schnackenburg sich für eine Mitgliedschaft in der DDP entschieden, weil nur sie – seiner Meinung nach – unter den bürgerlichen Parteien national und groß war und deshalb Hoffnung bot, »uns aus diesem furchtbaren Zustand (gemeint waren die Gebietsabtretungen an Polen, Dänemark und Frankreich, Anm. d. Verf.) herauszuführen«.¹²⁵ Wichtige Anliegen der Partei, darunter die Einführung des gleichen Wahlrechts, blieben ihm eher fremd. So schloss er sich eher den Kritiker:innen an, als die emanzipatorische Kraft des Gleichheitsprinzips zu unterstützen.¹²⁶ Von der Presse musste er sich den Vorwurf gefallen lassen, der Republik und ihren Vertretern distanziert gegenüberzustehen. In seinem Nachlass findet sich ein Zeitungsartikel, den er ausgeschnitten und aufbewahrt hatte. Darin heißt es, er habe am Verfassungstag seine Dienstvilla in Othmarschen nicht geflaggt, obwohl eine Fahnenstange vorhanden war. Als der Reichspräsident Ebert Altona besuchte, habe er sich der Pflicht zu flaggen dadurch entzogen, dass er den Flaggenstock zuvor habe abmontieren lassen. Auch sei seine Begrüßungsrede im Kollegiensaal kühl, nüchtern und ohne jegliche Wärme gewesen.¹²⁷

Eine Zusammenarbeit mit den Altonaer Sozialdemokraten, die er jetzt als kultivierte, belebte Kollegen kennenlernte – der Zigarrendreher Hermann Thomas besaß eine umfangreiche Bibliothek¹²⁸ – war für Schnackenburg dennoch mehr als nur ein Gebot der Stunde. Schwarz-Weiß-Malerei, die strenge Spaltung der Gesellschaft in einerseits Bürgerliche und andererseits Sozialdemokraten passe nicht mehr in die neue Zeit.¹²⁹ Anstelle des einstigen Dualismus sei – davon war er überzeugt – ein »Bündnis von reformistischer Arbeiterbewegung mit dem aufgeklärten Bürgertum«¹³⁰ getreten. Doch blieb sein Misstrauen vor einer Herrschaft der linken Strömungen in der Sozialdemokratie, vertreten durch die USPD, erhalten:

Nun liegt die Sache nicht so, dass die Mehrheitssozialisten heute die Sozialisierungsidee so durchführen wollen, wie es vielfach ihnen vorgeworfen wird, [...] dazu sind die Herren viel zu schlau und haben sich die Sache viel zu gut überlegt. Ich habe auch das Vertrauen, dass in dieser Beziehung die Mehrheitssozialisten törichte Experimente jetzt nicht machen werden. Aber wissen wir denn, wie lange die Mehrheitssozialisten in der sozialdemokratischen Partei wirklich noch den Ausschlag geben? Wissen wir denn, ob ihre Anschauungen dauernd beibehalten wird? Wissen wir, ob nicht die Unabhängigen, die da ganz anders denken, die Führung bekommen?¹³¹

125 StA HH 424-88/47 37, Redeprotokoll Schnackenburgs 1920 anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung.

126 So vertrat er eher die Haltung weiblicher konservativer Stimmen, welche zu seiner Freude sich in dem Sinne geäußert hatten, dass das Frauenwahlrecht zu plötzlich und darüber hinaus als Ergebnis eines Umsturzes gekommen. Vgl. Stubbe-da Luz (1992): Die Oberbürgermeister, S. 50.

127 StA HH 424- 88/47.

128 Altonaisches Amtsblatt, 26.1.1924.

129 StA HH 424-88/47 37, Redeprotokoll Schnackenburgs 1920 anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung.

130 Ebd.

131 Ebd.

Schnackenburgs Stärke, die ihn auch für die Sozialdemokraten zu einem attraktiven Partner machte, war, dass er im Grunde ein unpolitischer Kommunalbeamter blieb, der sich, anders als seine sozialdemokratischen Senatoren, nicht von einem Parteiprogramm leiten ließ. Besondere Fähigkeiten entwickelte er bei der Vermittlung zwischen den politischen Lagern. »Sein ausgleichendes Wesen trat jetzt häufig in Erscheinung«, schrieb das »Hamburger Echo«.¹³² »Es gelang ihm, bei fast allen wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen nach der Revolution die Rechte und die Linke im Stadtparlament zusammenzubringen und in einer Einmütigkeit, wie sie unter den deutschen Städten wohl selten zu finden ist, die Beschlüsse fassen zu lassen.«¹³³ Wie zu Beginn seiner Amtszeit 1909, hielt er sich auch jetzt vom Parteileben fern. Als Bernhard Schnackenburg 1924 unerwartet starb, übernahm Max Brauer das Amt des Oberbürgermeisters. 1909 war die SPD erstmals in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Zehn Jahre später war sie dank der Revolution die stärkste politische Kraft in der Stadt und setzte den »Aufbruch in die kommunale Demokratie« unter Max Brauer fort.

132 Hamburger Echo vom 28.4.1924.

133 Ebd.